



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.221.343

Wien, am 24. April 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Christian Ragger hat am 24. Februar 2023 unter der Nr. **14282/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Falscher Blinder kassierte illegal 230.000 Euro Sozialhilfe“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

- *Wie viele Fälle einer Erschleichung von Sozialleistungen durch die Vortäuschung einer Behinderung, aufgegliedert nach Bundesländer, gab es in den Jahren 2020, 2021 und 2022?*
- *Wie oft kam es hierbei zu einer Anzeige?*
- *Wie oft wurden diese Fälle weiter an die Justiz übermittelt?*

Derartige anfragespezifischen Statistiken werden nicht geführt. Von einer anfragebezogenen retrospektiven bundesweit durchzuführenden manuellen Auswertung aller relevanten Aktenvorgänge wird auf Grund des exorbitanten Verwaltungsaufwandes und der damit einhergehenden enormen Ressourcenbindung im Sinne der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns Abstand genommen.

Zu den Fragen 4 bis 7:

- *Welche Maßnahmen wandte das BMI in den Jahren 2020, 2021 und 2022 an, um präventiv gegen die Erschleichung von Sozialleistungen durch die Vortäuschung einer Behinderung vorzugehen?*
- *Welche Maßnahmen oder weiteren Schritte werden Sie anlässlich des im Artikel beschriebenen Falls setzen?*
- *Werden Sie sich für Verschärfungen hinsichtlich Kontrollen und Überprüfungen in diesem Zusammenhang einsetzen?*
- *Wenn nein, warum nicht?*

Zur gesamtheitlichen Bekämpfung des Sozialleistungsbetrugs wurde bereits im Jahr 2018 eine interministerielle Steuerungsgruppe eingerichtet, die mittlerweile aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramts sowie den Bundesministerien für Arbeit und Wirtschaft, Finanzen, Inneres, Justiz und Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz besteht. Die interministerielle Steuerungsgruppe dient dem laufenden, wechselseitigen Austausch und soll sicherstellen, dass die Maßnahmen im jeweiligen Wirkungsbereich zur Umsetzung gebracht werden können. In den anfragegegenständlichen Jahren fand wiederkehrender Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern der interministeriellen Steuerungsgruppe und den auszahlenden Stellen statt.

Der anfragegegenständliche Modus Operandi stellt eine der Begehungsformen dar, die seit Einsetzung der Task Force Sozialleistungsbetrug festgestellt wurden. Neben dem Informationsaustausch im Rahmen der jährlichen Sitzung der interministeriellen Steuerungsgruppe finden anlassbezogen, bilaterale Gespräche mit den jeweiligen Vertreterinnen und Vertretern statt, um auf die aktuellen Begehungsformen zu sensibilisieren und präventiv weitere Schäden zu verhindern. Dadurch soll dem Sozialleistungsbetrug weiter entgegengewirkt werden.

Zudem darf auf die Beantwortung der Anfrage 13574J XXVII. GP des Abgeordneten Hannes Amesbauer vom 19. Jänner 2023 (13202/AB XXVII. GP) verwiesen werden.

Zu den Fragen 8 und 9:

- *Wie wird das BMI in diesem Fall dieses mutmaßlichen Betrügers durch die Vortäuschung einer Behinderung zur Erlangung von Vergünstigungen bzw. Unterstützungen des Bundes jetzt vorgehen (Strafanzeige, Sachverhaltsdarstellungen an Justiz, Behördenermittlungen usw.)?*

- *Sind Ihnen in Kooperation mit den Behörden des Bundeslandes Niederösterreich auch Sachverhalte bekannt, wo dort Vergünstigungen bzw. Unterstützungen des Landes durch den mutmaßlichen Betrüger erschlichen worden sind?*

Von der Kriminalpolizei wurde ein Abschlussbericht an die zuständige Staatsanwaltschaft übermittelt. Bezugnehmend auf den anfragegegenständlichen Sachverhalt gab es zum Zeitpunkt der Abschlussberichterstattung keine Anhaltspunkte hinsichtlich weiterer, widerrechtlich in Anspruch genommener Sozialleistungen.

Zur Frage 10:

- *Wie ging in bisherigen Fällen das BMI in den Jahren 2020, 2021 und 2022 jeweils vor (Strafanzeige, Sachverhaltsdarstellungen an Polizei, Justiz, Behördenermittlungen usw.) und mit welchem Ergebnis?*

Für die Beantwortung von Fragen zum Ausgang des Strafverfahrens ist das Bundesministerium für Inneres nicht zuständig.

Gerhard Karner

